Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
2/1975/P
09.07.1975

In dem Parteiordnungsverfahren

SPD-Ortsverein G

- Antragsteller -

g e g e n

H aus G

-Antragsgegner-

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 9. Juli 1975 in Bonn unter Mitwirkung von

Dr. Johannes Strelitz (Vorsitz)
Prof. Dr. Peter Landau
Otto Fichtner

beschlossen:

Die Berufung des Antragsgegners wird als unzulässig verworfen. Auf die Berufung des Antragstellers wird der Beschluß der Bezirksschiedskommission W W vom 6.11.1974 aufgehoben. Dem Antragsgegner wird eine Rüge erteilt.

Tatbestand

I.

Zwischen dem Antragsgegner - seinerzeit Vorsitzender des Antragstellers - und dem Genossen B gab es eine Auseinandersetzung wegen der Veröffentlichung einer Nachricht über ein Rücktrittsangebot des Genossen B als 2. Vorsitzender des Antragstellers in der W Zei-

tung. In einem Telefongespräch am 16.1.1973 wies der Antragsgegner den Genossen B, der Beamter der Stadt G ist, darauf hin, er habe als Mitglied des Unterbezirksvorstandes G erheblichen Einfluß auf die berufliche Laufbahn des Genossen B. Dieser Sachverhalt steht fest auf Grund der Ermittlungen in den vorinstanzlichen Verfahren, insbesondere auf Grund der Zeugenaussage des Genossen B.

II.

Wegen dieses und einer Reihe anderer Vorwürfe - insgesamt neun - wegen des Verhaltens des Antragsgegners gegenüber Genossen und in der Wahrnehmung seiner Pflichten als Ortsvereinsvorsitzender hat der Antragsteller bei der Schiedskommission des Unterbezirks G ein Parteiordnungsverfahren gegen den Antragsgegner eingeleitet.

Die Schiedskommission beim Unterbezirk hat mit Beschluß vom 11. Mai 1974 dem Antragsgegner die Rechte zur Bekleidung aller Funktionen auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Sie hat von den neun Vorwürfen des Antragstellers gegen den Antragsgegner drei, nämlich die Punkte 7 - 9 für unbeachtlich und die Punkte 1 - 6 für erwiesen gehalten.

Dagegen hat der Antragsgegner Berufung bei der Bezirksschiedskommission II des Bezirks W W eingelegt.

Die Bezirksschiedskommission hat mit Beschluß vom 19. November 1974 die Entscheidung der Schiedskommission beim Unterbezirk G dahin abgeändert, daß sie dem Antragsgegner das Recht zur Bekleidung aller Funktionen auf nur zwei Jahre aberkannte. Die Bezirksschiedskommission sah im Gegensatz zur Schiedskommission beim Unterbezirk nur einen Punkt (5) der Punkte 1 - 6 der Vorwürfe des Antragstellers als bewiesen an, nämlich den unter I. geschilderten. In diesem Verhalten des Antragsgegners sah sie allerdings einen erheblichen Verstoß gegen die Ordnung der Partei, so daß ein Funktionsverbot nach ihrer Auffassung gerechtfertigt war.

III.

Gegen diesen Beschluß legten der Antragsteller und der Antragsgegner Berufung ein.

Der Antragsteller beantragte,

die Entscheidung der Schiedskommission beim Unterbezirk wieder herzustellen, d.h. das Funktionsverbot wieder auf drei Jahre auszudehnen.

Er begründet seine Berufung damit, daß die Bezirksschiedskommission zu Unrecht die ersten vier Vorwürfe des erstinstanzlichen Verfahrens völlig außer Acht gelassen habe.

Der Antragsgegner stellt keinen besonderen Antrag.

Wegen aller Einzelheiten des Sachverhalts, des Vorbringens der Beteiligten in den beiden vorinstanzlichen Verfahren und in diesem Berufungsverfahren wird auf die Entscheidungen der Schiedskommission beim Unterbezirk und der Bezirksschiedskommission II beim Bezirk W W sowie auf die Schriftsätze der Beteiligten Bezug genommen.

Gründe

I.

Die Berufung des Antragsgegners ist nicht zulässig. Sie ist nicht innerhalb der zwingenden Frist von zwei Wochen nach Einlegung der Berufung begründet worden (§ 26 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit § 25 Abs. 2 Satz 1 Schiedsordnung).

II.

Die Berufung des Antragstellers ist zulässig (§ 26 Abs. 2 Schiedsordnung).

Sie ist jedoch nicht begründet. Die Bezirksschiedskommission hat zu Recht die ersten vier Punkte des Antrags des Antragstellers im erstinstanzlichen Verfahren als nicht genügend bewiesen erachtet. Die Bundesschiedskommission schließt sich der Beweiswürdigung der Bezirksschiedskommission voll an. Nach der Aktenlage spricht jedoch eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Antragsgegner dem Genossen B - und auch anderen Genossen - den Eindruck vermittelt hat, er werde politischen Einfluß zu Ungunsten ihres beruflichen Fortkommens nehmen. Insoweit teilt die Bundesschiedskommission die Beurteilung der Bezirksschiedskommission in Punkt 5 der Vorwürfe des Antragstellers - Verhalten des Antragsgegners gegenüber dem Genossen B -.

Die Bundesschiedskommission sieht jedoch eine zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung aller Funktionen als eine überzogene Sanktion an. Sie ist der Auffassung, daß der Antragsgegner sich in der Tat nicht so verhalten hat, wie das von einem Ortsvereinsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwartet werden muß. Der Antragsgegner hat gegen die Ordnung der SPD verstoßen, die auf keinen Fall erlaubt, inner-

parteiliche Auseinandersetzungen mit Drohungen zum Nachteil der beruflichen Chancen eines Beteiligten zu führen. Dem Antragsgegner war daher eine Rüge zu erteilen, um ihm sein parteiordnungswidriges Verhalten deutlich zum Bewußtsein zu bringen.

Es bleibt aber Sache der Mitglieder des Antragstellers, ob und welche Konsequenzen sie hinsichtlich der weiteren Ausübung von Funktionen des Antragsgegners in der SPD ziehen wollen.